



Aktuelles: Schwarz-Gelb zu Atomkraft

Nach der Ankündigung Merkels zu einem Moratorium:

Bewertung:

- Merkel hat eine schnelle Entscheidung gefällt: Das macht sie immer angreifbar und nervös, weil sie nicht ihre bekannte Taktik verfolgen kann. Dies wird auch in der Presse so wahrgenommen.
- *Spiegel-Online*: „Eine Notoperation, hastig einberufen, und ohne die Dinge bis zu Ende durchdacht zu haben. Eine verhuschte Merkel kam schon bei der ersten Nachfrage wie seinerzeit Günter Schabowski in der berühmten Maueröffnungs-Pressekonferenz ins Schwimmen: Sie stammelte so verdattert wie damals der SED-Funktionär auf die Frage, was das Moratorium denn konkret für die Kraftwerke bedeute, die nach alter Regelung schon überfällig sind“.
- Schwarz-Gelb will sich handlungsfähig inszenieren, wirkt aber getrieben.
- Schwarz-Gelb versucht es mit „Anti-Parteien“-Vokabular: Die anderen Parteien sollten laut Röttgen doch nicht in „Parteien-Gezänk“ und „alte Parteiparolen“ verfallen. Merkel sprach von der „einzig redlichen Antwort“, Röttgen sprach von „Vernunft“.
- Zusätzlich wird weiter über die „Schäbigkeit“ der Opposition gesprochen, auf den Rücken der Opfer Wahlkampf zu machen.
- Noch unsicher bleibt die Reaktion der Wirtschaft: diese hat eigentlich eine gültige Grundlage im neuen Atomgesetz. Röttgen sagte, das Moratorium sei „kein Gesetz, sondern eine politische Erklärung“, der die Atomkonzerne schon folgen werden.
- Ebenfalls unsicher ist die Reaktion von Leuten aus der Union: Die erste Reihe der Union hat sich bislang an die politische Linie gehalten; in der dritten Reihe regt sich allerdings schon Unmut: Fraktionsvize Christian Ruck (CSU, zuständig für Umweltpolitik und Reaktorsicherheit): „Ich bin nicht bereit, ohne Grund unser Energiekonzept aufzugeben (...) Das Energiekonzept beruht darauf, dass wir die Atomenergie als Brückentechnologie noch eine längere Zeit brauchen, um die erneuerbaren Energien hochzufahren“ (Rheinische Post, 15.03.2011).

Votum:

Merkel fährt einen Schlingerkurs zwischen schlecht gespielter Handlungsfähigkeit und Kungeleien mit der Lobby

- Merkel hat kleinlaut erklärt, dass es unverantwortlich war, was sie damals im Kanzleramt mit den Atomkonzernen ausgedeutet hat.
- Will Merkel Aussetzen oder Aussitzen? Es geht Schwarz-Gelb doch nur darum, über die Landtagswahlkämpfe hinwegzukommen. Das ist eine Irreführung der Bevölkerung.



- Angela Merkel hat sich von den Atomkonzernen am Parlament vorbei die Verlängerung der Atomlaufzeiten diktieren lassen. In Merkels Hinterzimmer im Kanzleramt wurden die Bedingungen der Verlängerung beschlossen, bei der offensichtlich bei der Sicherheit Abstriche gemacht worden sind.
- Jetzt will Merkel Einzelheiten erst in Gesprächen mit den Betreibern der Atomkraftwerke klären – wie sie damals auch die Laufzeitverlängerung im Kanzleramt ausgedeutet hat. Die Atomkonzerne wollen doch aber in erster Linie ihre Gewinne sichern, nicht für Sicherheit sorgen.
- Jetzt braucht es politische Entscheidungen, keine neuen Kungelrunden!

Merkel verunsichert die Bevölkerung und ihre eigene Klientel:

Es geht darum, die Unsicherheiten der konservativen Klientel zu verstärken, und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin zu erschüttern.

- Die Abkündigungen von Merkel sind in keiner Weise glaubwürdig:
- Wenn Kernkraftwerke jetzt einfach abgeschaltet werden können, warum gab es dann die Laufzeitverlängerung für diese Kraftwerke?
- Dass Atomkraftwerke nicht gegen Terrorangriffe gesichert sind, wusste die Merkel auch schon vor der Laufzeitverlängerung. Warum ist also eine „Neubewertung“ notwendig, von der Merkel und Röttgen reden?
- Wenn die Kernkraftwerke sicher waren, wie von Schwarz-Gelb behauptet, warum muss jetzt nochmal die Sicherheit überprüft werden?
- Warum können jetzt einzelne Atomkraftwerke schnell abgeschaltet werden, obwohl doch Schwarz-Gelb immer vor Stromlücken gewarnt hatte? War das Gerede von Stromlücken also Täuschung der Wähler?
- Merkel will alles auf den Prüfstand stellen: Aber hatte Merkel das nicht genau das gemacht, als sie das Energiekonzept der Regierung entstand? Entweder hat die Regierung vorher schlecht gearbeitet oder sie täuscht nun die Wähler.
- Was für schmutzige Deals hat Merkel nun wieder mit den Atom-Konzernen vor? Zahlen die Unternehmen nun die Kernbrennstoffsteuer oder nicht?
- Wenn Neckarwestheim I oder Isar I abgeschaltet wird, warum nicht Biblis oder Philippsburg? Was ist denn der Unterschied zwischen diesen Reaktoren?



ANHANG:

Fakten:

- Die Verlängerung diene allein den Interessen der vier großen Energiekonzerne, die in Zukunft voraussichtlich mehr als 100 Milliarden Euro Zusatzgewinne einfahren können. Die demgegenüber äußerst geringe Abführung einer befristeten Brennelementesteuer fällt kaum ins Gewicht.
- Ursprünglich veranschlagte das Röttgen-Ministerium 50 Milliarden Euro für die Nachrüstkosten. Durch den Atom-Vertrag wurden die Kosten auf 500 Millionen Euro pro Kraftwerk gedeckelt (insgesamt 8,5 Milliarden Euro). Wird es teurer, dürfen die Konzerne die Summe von ihren Zahlungen in den Fonds zur Förderung der Ökoenergie abziehen (dpa, 14.03.2011).
- Auch ein Schutz für alle Meiler gegen Flugzeugabstürze oder Terroranschläge wurde in den Verhandlungen ausgeblendet.
- Umstritten ist zudem, dass die für die Nachrüstverhandlungen zuständige Abteilung für Reaktorsicherheit im Umweltministerium von Gerald Hennenhöfer geleitet wird, der zuvor beim AKW-Betreiber E.on sein Geld verdiente.
- Die ältesten deutschen Meiler wie Biblis A und Neckarwestheim 1, die eigentlich 2011 hätten abgeschaltet werden müssen, konnten aber ohne Nachrüstung weiterlaufen.
- „Nach Ansicht von Fachleuten besteht die Gefahr, dass Ausgaben in die Sicherheit in Deutschland auf die lange Bank geschoben werden, weil unklar ist, ob das Laufzeitplus vor dem Verfassungsgericht Bestand haben wird. Das Problem: Schon durch den Atomausstieg war unter Rot-Grün auf bestimmte Nachrüstungen verzichtet worden“ (dpa, 14.03.2011).
- Auch in Japan haben die Atomkonzern-Betreiber über Jahre gepfuscht, Unfälle verschwiegen und systematisch gezielt Reparaturberichte gefälscht. Genau aufgrund solcher Vorfälle sind gerade auch zwei deutsche Kernkraftwerke vom Netz genommen
- Schwarz-Gelb hat durch die Laufzeitverlängerung die Sicherheitslage für die Bevölkerung verschlechtert. Bislang musste der Gesetzgeber das Recht haben, die Atomkraftwerksbetreiber dazu zu zwingen, neue Techniken zu entwickeln, wenn sie nicht da sind. Röttgen hat aber ein Gesetz vorgelegt, in dem steht: „Wir können nur noch Vorsorge da verlangen, wo technische Lösungen vorhanden sind“.



Wie CDU, CSU und FDP in der Atomenergiefrage umgefallen sind

► Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2010

„Wir haben heute schon die sichersten Kernkraftwerke der Welt.“

(Pressekonferenz zum Energiekonzept, 6.10.2010)

■ Angela Merkel am 14. März 2011

„Ich sage ganz deutlich: Es gibt bei dieser Sicherheitsüberprüfung keine Tabus.“

(ZDF, 14.3.2011)

► Stefan Mappus, Ministerpräsident BaWü, im Februar 2010

„Es wäre völlig inakzeptabel wenn der Reaktor Neckarwestheim I abgeschaltet würde.“

(zit. nach Berliner Zeitung, 16.3.11)

► Mappus im März 2010

„Ich bin für den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Das heißt: Solange ein Atomkraftwerk sicher ist, muss man seine Laufzeit nicht begrenzen.“

(Bild, 22.3.2010)

■ Stefan Mappus am 15. März 2011

„Neckarwestheim I wird abgeschaltet – dauerhaft – und stillgelegt.“

(SAT 1, 15.3.2011)

„Ich mach keine Kehrtwende.“

(zit. nach Die Zeit, 15.3.2011)

► Tanja Gönner, Umweltministerin BaWü, im Februar 2011

„Neckarwestheim 1 erfüllt alle aus sicherheitstechnischer Sicht zu stellenden Anforderungen.“ (zit. nach Süd. Zeitung, 22.2.2011)

■ Tanja Gönner am 14. März 2011

„Wenn die Sicherheit nicht gewährleistet ist, wird es auch eine Abschaltung geben.“

(Deutschlandfunk, 14.3.2011)

► Volker Kauder, Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, im Januar 2010

„Es wäre ein völlig falsches Signal, wenn Neckarwestheim jetzt vom Netz ginge. Dieses Kraftwerk muss weiterbetrieben werden.“

(Stuttgarter Zeitung, 14.1.2010)

■ Volker Kauder am 14. März 2011

„Alle Sicherheitsstandards müssen jetzt im Zusammenspiel von Bund und Ländern auf den Prüfstand – und zwar rasch und gründlich. Besonders gilt das natürlich für die Frage der Notstromversorgung. Alles andere wäre unverantwortlich.“

(Bild, 15.3.2010)

► Horst Seehofer, Ministerpräsident Bayern, im Juli 2010

„Für mich macht es keinen Sinn, sichere bayerische Kernkraftwerke abzuschalten, um anschließend den gleichen Strom aus Tschechien zu beziehen.“

(Rede bei der Jungen Union am 31. 7. 2010 in München)

■ Horst Seehofer am 14. März 2011

„Maximale Sicherheit hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.“

(Pressemitteilung, 14.3.2011)

► Markus Söder, Umweltminister Bayern, im Februar 2010

„Der überstürzte Ausstieg aus der deutschen Kernenergie bedeutet den Einstieg in die tschechische Atomkraft. Denn dann müssen wir Strom aus Temelin importieren. Das wäre unglaublich.“ (Bild am Sonntag, 27.2.2010)

■ Markus Söder am 14. März 2011

„Wenn die Laufzeitverlängerung ausgesetzt wird, muss Isar 1 in diesem Jahr vom Netz. Ich glaube, es sollte dann abgeschaltet bleiben.“

(www.csu.de, 14.3.2011)

► Guido Westerwelle, FDP-Vorsitzender, im September 2009

„Ich kann keinen ökologischen Fortschritt darin erkennen, wenn wir in Deutschland die sichersten, modernsten, besten Energietechniken der Welt abschalten, um am Tag danach Strom aus viel unsichereren Kraftwerken aus dem Ausland einzukaufen.“ (Hamburger Abendblatt, 22.9.2009)

■ Guido Westerwelle am 14. März 2011

„Wir brauchen auch eine neue Risikoanalyse. Wenn es Defizite gibt, müssen diese Kraftwerke nicht irgendwann, sondern jetzt nachgerüstet werden und können nicht länger betrieben werden.“

(Reuters, 14.3.2011)

► Christian Lindner, FDP-Generalsekretär, im August 2010

„Wir wollen einen mittleren Zeitraum Verlängerung haben, und zwar nicht wegen der Energieversorgungsunternehmen – für die verlängern wir die Restlaufzeit nicht –, sondern weil wir eine sichere Energieversorgung in Deutschland brauchen.“ (ddp, 30.8.2010)

■ Christian Lindner am 15. März 2011

„Wenn sich auf alte Fragen neue Fakten ergeben, dann muss entschieden werden, und deshalb gibt es jetzt eine Zäsur.“

(Deutschlandfunk, 15.3.2011)

► Rainer Brüderle, FDP-Wirtschaftsminister, im August 2010

„Die Szenarien haben ergeben, dass der volkswirtschaftliche Nutzen bei einer Laufzeitverlängerung zwischen 12 und 20 Jahren höher ist als bei den Extremvarianten mit 4 und 28 Jahren.“

(WirtschaftsWoche, 30.8.2010)

■ Rainer Brüderle am 14. März 2011

„Es hat sich eine neue Lage ergeben.“

(dpa, 14.3.2011)

► Anette Schavan, CDU-Forschungsministerin, im Juli 2008

„Es geht heute in Deutschland nicht darum, neue Kernkraftwerke zu bauen, aber wer kann sagen, dass das noch in zehn Jahren gilt?“ (zit. nach Berliner Zeitung, 16.3.11)

■ Anette Schavan am 14. März 2011

„Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie zugunsten der erneuerbaren Energien.“ (zit. nach Berliner Zeitung, 16.3.11)